

Besten Anzeigen werden bis mittags, letztere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung eingegeben.
Postfach 40180 Köln. — Fernsprech-Nr. 2.
Eigentümer: Herr Dr. Joseph Wey, Castrop.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Rangeler Neueste Nachrichten

48. Jahrgang

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmick), Castrop

Bladenhorster Tageblatt

Amil. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rangell und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rangell und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtverbindliche Kraft.

Nr. 94

Montag, den 24. April

1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

In Essen wurde gestern, unter Anteilnahme von vielen Tausenden Vertretern der Gewerkschaften, Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden nach einer imposanten Eröffnungsgedächtnisfeier im Städtischen Saalbau der Reichs- und Landtagsabgeordnete Otto Hue beigelegt.

Rabb erklärte daß auf sein Anraten sich vorher General Völkow noch die übrigen Beteiligten stellen würden.

Dem Stundungsantrag des Österreichischen Staates, alle Schulden für Lebensmittellieferungen in der Nachkriegszeit zu stunden, dürfte entsprochen werden.

Die Großherzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin, die Mutter des Prinzen Heinrich der Niederlande, 72-jährig im königlichen Palais im Haag gestorben.

Der Korrespondent des N. A. C. in Genoa meldet, daß das russische Verlangen um Anerkennung der Sowjetregierung nicht die Zustimmung der Franzosen findet.

Der Vorkauf der Währungskontrollen, wie vom 29. 4. 22, über deren Inhalt wir bereits f. H. berichteten, wird jetzt veröffentlicht. Unsere Ausführungen über die geplante Einrichtung eines allierten Militärsanitäts-Komitees werden dadurch bestätigt.

Die telegraphische Verbindung mit Moskau wurde wieder hergestellt. Die Explosionen haben aufgehört. Der Brand in der Stadt ist gelöscht. Die Zahl der umgekommenen Menschen ist nicht so groß, als man zuerst allgemein angenommen hat.

Die spanische Regierung hat sich nunmehr bereit erklärt, mit der deutschen Regierung über die Gestaltung der zukünftigen deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Die deutsche Regierung begab sich unter Leitung des Ministerialdirektors v. Stöckmann nach Madrid.

Die „Times“ meldet aus Rom, die Besatzung, die Festung Ehrenbreitstein werde gesprengt, sobald die amerikanischen Besatzungstruppen durch französische ersetzt worden seien, entspricht nicht den Tatsachen.

Einer der beiden in Leipzig verhafteten armenischen Studenten ist den Vätern zufolge wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da er mit der Ermordung der beiden jungtürkischen Politiker nachweislich nichts zu tun hat.

Dollarkurs am 22. April: 267,00

Eine Rede des Reichskanzlers in Genoa.

Genoa, 22. April. Der Reichskanzler Dr. Brüning hielt anlässlich eines Empfanges der hiesigen deutschen Kolonie durch den deutschen Völksherrn in Rom von Neutath eine Ansprache. Hierbei unterließ er die Bedeutung der Konferenz von Genoa und ging auch auf den letzten beigefügten Zwischenfall des Vertrages von Rapallo ein. Der Reichskanzler führte unter anderem aus: Die Konferenz von Genoa ist für uns eine Etappe des Weltkrieges, das wir mit unternommen haben mit dem Ziele der Wiederaufrichtung des Weltfriedens. Wir sind ohne allzu große Hoffnungen nach Genoa gekommen, doch bedeutet diese Konferenz einen Schritt vorwärts. Indessen fehlt ihr eine notwendige Macht, die notwendig wäre, um das Hilfswerk der Wiederaufstellung der Weltwirtschaft zu vollbringen, nämlich Amerika, und unsere Arbeiten werden nur mühsam bleiben, solange durch die Abwesenheit Amerikas nicht der ganze Wiederaufbau der gesamten Weltwirtschaft ins Auge gefasst werden kann. Auf den Schritt, den wir durch die Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo unternommen haben, möchte ich hier nicht ausdrücklich eingehen. Ich bin aber bereit, jederzeit die Verantwortung für ihn zu übernehmen. In Genoa werden die Probleme des Ostens gemeinsam besprochen werden. Es wurde uns dabei eine Enttäuschung bereitet. Infolge von separatistischen Verhandlungen eines Teiles der hier vertretenen Mächte mit Rußland wurden patriotisch Deutschlands Interessen bedroht und es galt, sie rechtzeitig wahrzunehmen. Das war unsere Pflicht und wir haben unsere Pflicht getan. Das Völkerrechtsexpertenkomitee hätte zu einem zweiten verfaßten führen können. Seine Anwendung hätte das notwendige Todesurteil über jeden Wiederaufbau Rußlands bedeutet und wir würden außerdem in eine Schuldschuld auch nach Osten geraten sein, sobald der Krieg der Schuldlosigkeit sich um uns geschlossen hätte. Dem gegenüber konnten wir nicht das korrekte Kind der Konferenz spielen. Durch den Vertrag haben wir den Krieg, der uns bedrohte, vermieden. Wir sind bereit, die Ideen, die in diesem Vertrag enthalten sind, in einer großen gemeinschaftlichen Rahmen einzufügen, allerdings nicht untergeordnet im Sinne des Völkrechts. Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei den Großmächten, namentlich bei England. Lloyd George

Letzte Drahtmeldungen.

Torpedierung der Konferenz durch die Franzosen?

Genoa, 23. April. Die kaum überbrückte Krise der Konferenz von Genoa ist durch die Haltung Frankreichs neuerdings heraufbeschworen worden. Es zeigt sich immer deutlicher, daß Frankreich nach einem Anlaß sucht, um die Konferenz zu sprengen, und daß es sich gewalttätig der versöhnlichen Politik Lloyd Georges und Stakens widersetzt. Nach der allgemeinen Stimmung zu schließen, wird man damit rechnen müssen, daß nunmehr die Konferenz einem raschen Ende entgegen geht. Die Anstrengungen der italienischen und englischen Delegierten, die Konferenz zu retten, müßten schon einen ganz unwahrscheinlichen Erfolg haben, wenn es ihnen gelänge sollte, den Konferenztag wieder in das richtige Geleise zu bringen.

Frankreich im Schmelzwinkel.

Genoa, 23. April. Die französische Abordnung verläßt sich auf die offizielle Übergabe der russischen Antwort auf das Londoner Memorandum, welche im Widerspruch zu den Grundgedanken von Cannes und dem Antwortentscheidungsantrag Lloyd Georges stand. Nach dem französischen Sachverständigen Seibour den Auftrag, seinen Sitz im Komitee der stehenden Sachverständigen der russischen Unterkommission nicht weiter einzunehmen, bis die französische Abordnung Anweisungen erhalten haben wird, die sie von Paris einfordert.

Pariser Zwangsmaßnahmen in Vorbereitung?

Paris, 23. April. Poincaré empfing gestern den amerikanischen Völksherrn Lord Dardinge, sowie den Reichskanzler Maginot. Der letztgenannte Völksherr muß einige Bedenken bezeugen werden, da sich Maginot am Dienstag in die Rheinlande begeben wird, um dort die französischen Truppen zu inspizieren.

hat vorgestern eine friedliche Rede gehalten und die Angelegenheit als erledigt erklärt. Dem schloß ich mich an, doch muß ich mich gegen den Vorwurf der Alibihaltung wehren, denn die, auf die es ankommt, hätten ganz genau unterrichtet sein können. Der Kanzler schloß die schwierigen Verhältnisse unter denen Deutschland unter dem Druck der Kommissionen und sonstiger Ententeorgane zu leiden hat und auch den Auslandsdeutschen ein Bild von der tatsächlichen Lage Deutschlands. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von den Mitgliedern der Reichstagskolonie mit großem Beifall aufgenommen. Am Anschluß hieran ließ sich der Reichskanzler die Anwesenheit durch den Völksherrn und den deutschen Konsul vorstellen.

Französischer Protest.

Genoa, 22. April. Während die italienische und englische Abordnung von der Antikommunisten der Deutschen befreit sind, betrachtet man in französischen Kreisen die deutsche Antwort als ein zwischen Schaner, Maithenau und Lloyd George abgezeichnetes Spiel. Die italienische Regierung habe sich sehr bemüht, eine vernünftige Formel zu finden, den Zwischenfall möglichst schnell zu erledigen. Lloyd George habe diese Lösung bedauerlicherweise angenommen.

Paris, 22. April. Nach Pariser Morgenblättern hat die französische Genua-Delegation gestern dem Präsidenten der Rada einen Brief überreicht, worin gegen die deutsche Antwort protestiert wird. Die französische Delegation führt in dieser Note aus, daß sie die Verletzung des deutsch-russischen Vertrages beklagen müsse, da er gegen die Abmachungen von Cannes verstoße. Sie verlangt von der Rada, daß eine Konferenz der alliierten Mächte einberufen wird, in der diese Fragen ausgiebig werden sollen.

Genoa, 22. April. Am heutigen mit der Regelung des Zwischenfalls zufrieden ist Frankreich. Die persönliche Richtung der französischen Abordnung ist in den Hintergrund getreten. Man will die Frage des deutsch-russischen Vertrags während der Dauer der Konferenz ruhen lassen, so daß aber im Zusammenhang mit der Entschärfungsfrage aufzuleben. Es ist noch fraglich, wie der Verband sich zu Deutschlands Wunsch, im Unterausschuß, der sich mit dem russischen Problem beschäftigt, zu stellen und sich an der Beratung der durch den deutsch-russischen Vertrag nicht geregelten Fragen zu beteiligen, stellt.

Die „Times“ zur deutschen Antwortnote.

London, 22. April. Die „Times“ fragt in einem Artikel, zu welchem Zweck die britische Delegation die Völksherrn ernannte und unterläßt, so daß sie den Druck mit den Nachbarn riskieren und ob die Absicht bestehe, die Franzosen in eine derartige Lage zu drängen, daß sie gezwungen würden, den allgemeinen Plan anzunehmen, dessen Grundlage der deutsch-russische Vertrag sei.

Die artigen Deutschen und die bösen Russen.

London, 22. April. Der Chefredakteur der „Times“ William Stead, schreibt der „Times“ aus Genoa, in britischen offiziellen Kreisen werde die deutsche Antwort als ganz befriedigend bezeichnet. Außerdem meldet er

Welchen Zweck diese Inspektionsreise verfolgt, läßt sich im Augenblick nicht sagen, aber zahlreiche schlimme Gerüchte kursieren in Paris.

Poincaré in Sicht.

Genoa, 23. April. Barthou hatte sich, wie man behauptet, auf Anraten Mithenaus gestern Abend nach Paris begeben, mit einer sehr pessimistischen Darstellung der französischen Situation auf der Konferenz von Genoa. Die Franzosen erklären, Barthou habe Frankreich in eine unerträgliche Situation gebracht und Tagen ermahnen zu haben. Poincaré dürfte versuchen, die Situation zu retten. Da man weiß, wie die Retentionsaktionen Poincarés aussehen, dürften sehr ernste Tage für die Konferenz von Genoa kommen. De Facto und Schaner werden vermutlich alles tun, um durch einseitige Aufstellungen den Hauptsturm zu vermeiden. Das oft angedeutete Eintreffen Poincarés soll nach den neuesten Meldungen am Dienstag erfolgen.

Victor Emanuel in Genoa.

Genoa, 23. April. Der König von Italien ist gestern in Genoa eingetroffen. Die Stadt und der Hafen waren festlich geschmückt. Die Glocken aller Kirchen läuteten. Militärkapellen spielten, als der König an Land stieg. Eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte ihn. Der König besah sich in die Präsektur, wo er die Mitglieder der italienischen Regierung empfing. Um 11 1/2 Uhr kehrte Victor Emanuel, von einer riesigen Menge begleitet, an Bord des Schlachtschiffes Cabour zurück, wo auch das Festessen zu Ehren der Konferenzdelegierten stattfand. Lichtschertn wohnte dem Empfang bei.

Ges als Nachfolger Lloyd Georges?

Genoa, 23. April. Da die Aussichten Lloyd Georges auf einen Erfolg in Genoa täglich schlechter werden, scheint es immer wahrscheinlicher, daß der Premierminister nach Abschluß der Genueser Verhandlungen zu seinem angeblichen Nachfolger bestimmt werden wird. Wind zu Mund: Sir Edward Grey, der bekannte Anglosophenfreund im Pacific.

die britische Haltung gegenüber den Russen habe in Genoa unter den fremden Delegationen lebhaft Unruhe erzeugt, man befürchte, daß, wenn Lloyd George nicht energischer gegenüber den russischen Forderungen auftreten werde, die Franzosen und andere Delegationen gezwungen sein würden, sich von der Konferenz zurückzuziehen.

Nur Frankreich gegen die deutsche Note.

Genoa, 22. April. In den Besprechungen wird von den italienischen Morambattieren herabgehoben, daß einzeln und allein die französische Delegation in der Anerkennung der Note Schwierigkeiten macht. Die italienischen Völksherrn besprechen die gefasste Erklärung Mithenaus, sowie die deutsche Note günstig.

Poincaré geht doch nach Genoa.

Paris, 22. April. „Chicago Tribune“ berichtet aus Genoa: Im offiziellen Kreise verlautet, daß Ministerpräsident Poincaré nach Genoa gehen wird, um die heikle Situation für Frankreich zu retten.

Unvermittelte Lage in Paris.

Paris, 22. April. Über den gestrigen Verlauf der Sitzung des Ministerrats ist entgegen den sonstigen Gepflogenheiten keinerlei Mitteilung auszugehen worden. Es verlautet aber, daß die mit Elektrizität getriebene Atmosphäre innerhalb der Regierungskreise große Besorgnis erregt hat und daß es Poincaré nicht ausmache sei.

Das Besetzungsfieber.

Paris, 22. April. Der Abgeordnete Kessler kündigte eine Interpellation in der Kammer an. Er erklärte, in der gegenwärtigen Stunde werde angesichts des Vertrages von Rapallo die Frage gestellt, ob Frankreich in vollem Einklang mit seinen Alliierten zu einer vollkommenen oder teilweisen Besetzung Deutschlands schreiten wolle, um ihm durch eine internationalisierte Diktatur die Bezahlung seiner Schulden, Auflösung seiner wiederkehrenden militärischen Organisation, Sanierung seiner Finanzen und Wiederaufstellung seiner Wirtschaft aufzuzwingen, oder ob Möglichkeiten ins Auge gefaßt worden seien, durch diplomatischen Druck die notwendige Genugtuung zu erzielen. Welches seien die Vorbedingen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um jeden neuen deutschen Angriffsbuch zu brechen.

Eine „Inspektionsreise“.

Paris, 22. April. Wie der „Matin“ mitteilt, unternehmen der Kriegsminister Frankreichs und der Kriegsminister Belgiens in der kommenden Woche eine Inspektionsreise durch die Rheinlande.

Poincaré gegen Nationalisten und Chauvinisten.

Genoa, 22. April. Gestern nachmittag waren hier Gerüchte über die starke Opposition von französischer Seite gegen eine friedliche Beilegung des Zwischenfalls auf Grund der deutschen Note verbreitet. Diese Gerüchte verdrängten sich jetzt zu bestimmten Nachrichten. Barthou hat eine Note vorbereitet, die sich gegen die deutsche Antwort richtet und wahrscheinlich an das Präsidium der Konferenz gerichtet sein wird. Außerdem

samtlich zieht die Erkrankung des französischen Delegierten Colrat auf sich. Colrat ist Mitglied einer Gruppe die Poincaré nahe steht. Die Nachrichten über eine Mission in Paris verstärken die Wahrscheinlichkeit, daß Poincaré sich durch einen Vorstoß in Genoa gegen die Nationalisten und Chauvinisten, die noch weiter recht stehen, als er, wehren will.

Englische Zweifel

an der Durchführbarkeit der Konferenz.

London, 22. April. Trotz des von Lloyd George behaupteten Optimismus über die Fortführung der Konferenz äußern ernst zu nehmende Beobachter starke Zweifel, daß der Genueser Plan noch durchführbar sei, nach dem sich die Parteilagerung derart verschiebt hat, daß die Parteiarbeitung durch das politische Unterkommission durch das Ausschließen Deutschlands fast gänzlich und Deutschland nach Belieben automatisch durch Rußland aus der Konferenz gezogen werden könne, nachdem es sich vorzeitig an Rußland gewendet habe. Repeating und andere behaupten dies um so mehr, als sie von der russischen Frage abgesehen, den Verlauf der sachlichen Beratungen der Kommissionen günstig beurteilen. Jedenfalls ist nach Beilegung der aktuellen Streitfragen die weitere Entwicklung noch nicht zu übersehen.

Rußlands Antwort.

Drei Bedingungen für die Entente.

Genoa, 21. April. Die russische Antwortnote ist überreicht worden. An die Rada gerichtet und von Tschichserin unterzeichnet, hat sie folgenden Wortlaut:

Die russische Delegation hat die Vorzüge der alliierten Regierungen, wie sie am 15. April formuliert wurden, geprüft und darüber mit ihrer Regierung beraten. Die russische Delegation bleibt dabei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Rußlands es vollkommen rechtfertigt, wenn Rußland seine vollständige Befreiung von all den ihm auferlegten Verpflichtungen verlangt. Jedoch ist die russische Delegation bereit, einen Schritt weiterzugehen auf der Suche nach Lösungen für die verschiedenen Fragen und insofern die Artikel 1, 2 und 3 des oben erwähnten Verfalls anzunehmen unter der Bedingung, daß

1. die Kriegsschulden mit den entsprechenden Zinsen reduziert werden und
2. daß Rußland eine entsprechende Finanzhilfe erhält, von der es aus seinem gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustand in geringster möglicher Zeit herauskommen kann.

Unter dieser Bedingung ist die russische Regierung auch bereit, den vorläufigen Besitzern der nationalisierten oder beschlagnahmten Güter den Gebrauch ihrer Güter wieder zu gestatten oder im Falle, daß dies nicht möglich wäre, ihnen Genugtuung zu geben, sei es mittels eines mit ihnen direkt abgeschlossenen Abkommens, sei es mittels eines anderen Abkommens, über das auf der gegenwärtigen Konferenz diskutiert werden kann.

Eine Finanzhilfe von Seiten des Auslandes ist absolut notwendig und Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederaufstellung Rußlands. Solange dies nicht geschieht, sieht die russische Delegation keinen Ausweg, um die Schuldenlast, die auf Rußland lastet, abzutragen. Die russische Delegation wünscht auch klar auszusprechen, daß die russische Regierung keinerlei Verpflichtungen annehmen kann für die Schulden der Vorregierungen, solange es von den interessierten Mächten nicht in aller Form die Jure anerkannt ist, obgleich sich diese Voraussetzung eigentlich von selbst versteht. Wir hoffen, daß die gegenwärtigen Vorschläge eine genügende Grundlage bilden, um die Erörterung darüber aufzunehmen.

Lloyd Georges Protokoll vom 15. April.

Paris, 22. April. Das in der Note Tschichserins an die Alliierten erwähnte Protokoll vom 15. d. M. hat, wie uns von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, folgenden Wortlaut:

1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab.
2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands sind die alliierten Regierungen bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen, später zu vereinbarenden Höhe abzuschreiben und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen.

3. Der Sowjetregierung kann in folgenden Punkten nicht nachgegeben werden:

a) hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat,

b) hinsichtlich des Rechts solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

Rußland bezahlt nicht.

Genoa, 22. April. Malomsky erklärte, daß Rußland die Schulden der alten Regierung nicht übernehmen könne. Das in der russischen Note enthaltene Versprechen zur Bezahlung der Schulden sei nur eine Höflichkeit, da Rußland bei Anerkennung seiner höheren Gegenforderungen nicht zu bezahlen brauche.

Die verhafteten Gegenrevolutionäre.

Genoa, 22. April. Wie wir erfahren, befindet sich unter den 10 Gegenrevolutionären, die hier verhaftet wurden, weil sie angeblich ein Attentat auf die russische Delegation planten, auch der bekannte Weißgardistenführer Sawinow. Die Polizei bemüht sich, die Teilnahme Sawinows an dem angeblichen Komplott aufzuklären.

Genua, 22. April. In der gestrigen Sitzung des ersten Unterausschusses der Wirtschaftskommission, in der für den erkrankten Unterstaatssekretär Colrat sein Vertreter Serrano den Vorsitz führte, führte Krassin aus: Ausblick müsse aus grundsätzlichen wie aus praktischen Erwägungen vorläufig an den Einfuhrverboten festhalten. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen den Staaten und die Festigung der Währung bewirkt habe, könne man in Europa von Handelsfreiheit reden. Besonders für Ausland komme in Betracht, daß unter einer auf den Sozialismus zugeschnittenen Wirtschaftsordnung die soziale Regelung des Außenhandels neben der Regelung der Erzeugung und des Warenhandels unentbehrlich sei. Es handle sich aber hier nicht um unfeindliche, sozialistische Maßnahmen, sondern um Schutzmaßnahmen, um der Gefahr auszuweichen, daß Ausland in eine Kolonie verwandelt werde. Krassin forderte schließlich noch eine planmäßige Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder.

Die Kommissionsberatungen.

Genua, 22. April. Bei der Beratung in der zweiten Unterkommission der Wirtschaftskommission über die Wiederherstellung der durch den Krieg und Revolution zerstörten Schutzmächte, wonach aber die zu Ungunsten Deutschlands im Versailler Vertrag vorgesehenen Ausnahmen bestehen bleiben sollen, erklärte die deutsche Delegation, daß sie dem Grundgedanken der Bestimmung zustimme, daß es aber nicht für gerechtfertigt halte, daß Deutschland hierbei zu seinen Ungunsten differenziert werde. Bei der Abstimmung enthielt sich der deutsche Vertreter der Stimme, desgleichen auch der österreichische Vertreter, der sich den deutschen Erklärungen ausdrücklich angeschlossen hatte.

Die mutige Rede eines Holländers.

Genua, 22. April. In der Finanzkommission wurden die Berichte der beiden Unterkommissionen für Währungsfragen und Wechselkursfragen vorgelegt und angenommen. Der holländische Bevollmächtigte Papin gab dazu eine Erklärung ab, worin er sagte, diese Berichte mit ihren schonen Schlussfolgerungen könnten keine Früchte tragen, bevor man, wie es schon in Brüssel gefordert und auch in der Londoner Denkschrift ausgesprochen worden sei, eine kritische Prüfung der Frage der internationalen Einheiten vorgenommen habe. Er wünschte, daß die beteiligten Parteien diese Frage baldmöglichst regeln, weil nur dann die Beschlüsse der Unterkommissionen einen Erfolg haben könnten von seiner Seite, auch nicht vom französischen Bevollmächtigten Picard, von dem man es bestimmt erwartet hätte, erhöblich Widerspruch gegen diese ziemlich unvermittelte Veränderung der Entscheidungsfähigkeit. Nach der Sitzung gingen dem holländischen Vertreter von verschiedenen Abordnungen Glückwünsche zu seiner freiwilligen Abreise zu.

Weitere Verzögerung des Kredits für Österreich.

Wien, 22. April. Der Bundeskanzler wird am Montag nach Genua zurückkehren. In auffallendem Gegensatz zu den optimistischen Andeutungen über die Aussichten der sachlichen, auch auf eine Erweiterung der Auslandskredite, gerichteten Genuefer Bemühungen des Kanzlers, steht eine Rundgebung des hiesigen englischen Finanzkommissars Young, der erklärte, die Kredite würden nicht kommen, solange sich die österreichische Inflation nicht mehr als bisher ansehe, insbesondere der russischen Konkurrenz durch Erhöhung der Produktion und Verminderung der Produktionskosten nachzukommen. Auch sei den politischen Parteien vorzuwerfen, daß sie sich noch immer durch innere Streitigkeiten abhalten ließen, ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Wahrung des Staatshaushaltes zu richten. Young wünscht, wie er bemerkt, im gegenwärtigen Augenblick als Österreich betrachtet zu werden. Doch ist es nicht einzusehen, wie er es hiermit vereinbaren will, die österreichischen Bemühungen in Genua durch Beratung in Anbetracht der verwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs noch ziemlich oberflächlichen Beurteilungen zu freuen.

Tschischerin vom italienischen König verlangt.

Genua, 22. April. Der König von Italien, der hier für heute erwartet wird, hat wiederholt den Wunsch geäußert, sämtliche Delegationen zu empfangen. Zuerst war angeordnet worden, daß die russische Delegation an diesem Empfang nicht teilnehmen solle. Später aber wurde Tschischerin erneut von Seiten der Präsidialität der Konferenz ausdrücklich verlangt. Tschischerin wird also an dem Empfang teilnehmen.

Eine Mitteilung des Wiederherstellungsausschusses. Paris, 22. April. Der Wiederherstellungsausschuss gibt bekannt: Der Ausschuss hat seine Aufmerksamkeit dem in Rapallo am 16. April von Dr. Mathenau als Vertreter der deutschen Regierung und von dem Volkskommissar Tschischerin als Vertreter der Regierung der Räterepublik unterzeichneten Vertrag zugewandt. Im Laufe einer heute abgehaltenen Sitzung hat der Ausschuss beschlossen: 1. Von der Kriegskostenkommission eine amtliche Abschrift des Vertrages von Rapallo zu fordern; 2. Ihre Rechtsabteilung zu beauftragen, sofort und ohne das Eintreten der erforderlichen amtlichen Abschrift abzuwarten, die Frage zu prüfen, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berührt, für den allein der Wiederherstellungsausschuss zuständig ist, insbesondere, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berührt, für den allein der Wiederherstellungsausschuss zuständig ist, insbesondere, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo den Rechten und Vorrechten des Ausschusses Abbruch tun kann.

Der Konkurrenz-Kongreß.

Während die Diplomaten in Genua tagen, ohne bisher zu einer Ueberbrückung der Gegensätze gelangt zu sein, ist nicht weit von Genua entfernt, nämlich in Rom, der dritte internationale Gewerkschaftskongreß zusammengetreten. Wenn er auch an äußerem Glanze mit der Konferenz von Genua nicht weiterfahren kann, so ist es doch in einer Zeit der internationalen Verknüpfungen nicht bedeutungslos, daß Vertreter der Arbeitnehmer aus zwanzig Ländern in Rom zusammengetreten sind, die insgesamt vierundzwanzig Millionen Gewerkschaftler vertreten, und noch ein anderes Vergleichsmoment trägt sich unwillkürlich ein: ebenso wie die Amerikaner in Genua fehlen, halten sich auch die amerikanischen Gewerkschaften vom internationalen Gewerkschaftskongreß fern. Sie stimmen hierin festlicher Weise mit den Russen überein, nur aus dem entgegengegesetzten Grunde. Die amerikanischen Gewerkschaften wollen von den sozialistischen Theorien, die heute noch immer die europäischen Gewerkschaftskongresse beherrschen, nichts

in Wirklichkeit mehr in die Irre gegangen sind. Die Themen, die in Rom behandelt werden sollen, berühren sich auffallend mit denen von Genua. Denn es sind Referate über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und über die Abrüstungsfrage vorgesehen. Man hat auch bereits die Grenzlinie des Konkurrenz-Kongresses in Genua verlaufenen Diplomaten bemerkbar gemacht. Der französische Gewerkschaftler Jouhaux hat im Namen des internationalen Gewerkschaftsbundes der Wirtschaftskommission der Konferenz von Genua eine Resolution über den Wiederaufbau Europas überreicht, und dabei in einleitender Rede die gewerkschaftlichen Forderungen begründet. Ob freilich die praktischen Ergebnisse, die bekanntlich mit Resolutionen allein niemals erreicht werden, in Rom größer sein werden als in Genua, muß bis zum Beweise des Gegenteils bezweifelt werden.

Kongreß des Amerikaner internationalen Gewerkschaftsbundes.

Rom, 22. April. Im Anwesenheit von 200 Delegierten aus 20 Staaten wurde unter dem Vorsitz von Thomas (England) der Kongreß des Amerikaner internationalen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Vertreter sind Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Ungarn, Italien, Jugoslawien, Kanada, Norwegen, Österreich, Polen, Spanien, Tschechien, Schweden und die Schweiz, von der Tschechoslowakei nur die deutschen Verbände. Der Vorsitzende Thomas betonte in seiner Eröffnungsrede, daß es kein Zufall sei, wenn die Konferenz von Genua mit dem Kongreß zusammenfalle. Wenn die Genuefer Konferenz die Abrüstungsfrage von der Tagesordnung abgesetzt habe, so müsse sie die Konferenz neben der Wiederaufbaufrage behandeln. Wenn in Genua auch nicht Profiteure, sondern Regierungen zusammengekommen wären, so sei doch zu hoffen, daß die Regierungen die Notwendigkeiten erkennen würden. 10 Millionen Arbeiter seien arbeitslos, Millionen von Familien hungern und keine Nation wisse, wie sie sich aus dem Elend herausarbeiten solle. Der Kongreß, der größte der bisher stattgefunden habe, habe sich nicht die Forderung, sondern den Wiederaufbau zum Ziele gesetzt. Als Stimmen der Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsbundes Mitteilung von dem Tode des deutschen Bergarbeiterführers Que machte, erhob sich der Kongreß spontan zu Ehren des verstorbenen Führers.

Aus dem Reiche.

Die Entwicklung des Postverkehrs.

Über eine Million Mark Umsatz. Berlin, 22. April. Der deutsche Postverkehr hat sich im Jahre 1921 außerordentlich entwickelt und die im deutschen Wirtschaftsleben auf dem Gebiet des Geldverkehrs ihm zukommenden Aufgaben erfüllt. Die Zahl der Postsendungen ist von 622 343 Ende 1920 auf 759 830 Ende 1921 gestiegen. Der Umsatz hat sich zum ersten Male seit dem Wiederaufbau des Postverkehrs auf eine Million Mark belaufen und diesen Betrag sogar noch um rund 20 Millionen überschritten. Gegen das Vorjahr betrug er 510 Millionen oder 75 Prozent mehr. Im barenslosen Zahlungsverkehr sind 399 Millionen Mark oder 83,7 Prozent des Gesamtumsatzes beglichen worden. Das Guthaben hat von 7,6 Milliarden Ende 1920 auf 4,2 Milliarden auf 11,8 Milliarden Ende 1921 zugenommen. Ein richtiges Bild über die gemachten Leistungen der Postverwaltung bildet die Zahl der Einnahmen, die sich im Jahre 1921 auf 420 Millionen oder monatlich je 1 1/2 Millionen belaufen. Die Gesamteinnahmen aus dem Postverkehr betragen 477 Millionen. Zur Entlastung der Postverwaltung in Berlin und Köln sind Postämter in Magdeburg und Dortmund eingerichtet worden.

Was kostet uns der Reichstag?

Ein getreues Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Lage gibt der neue Haushalts des Reichstages, den der Vorstand des Reichstages kürzlich als das neue Rechnungsjahr aufgestellt hat. Wie alle Kalkulationen unserer Zeit, kann auch der Etat des Reichstages nur als ein Provisorium betrachtet werden, denn die eingestellten Zahlen sind Überzahlen und zu Pfingsten längst überholt. Im Rechnungsjahr 1921/22 kostete dem Reich seine Vollvertretung die Summe von 29 Millionen Mark. Die Erhöhung der Beamtengehälter, die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten, die hohen Papierpreise für die Reichstagsdrucksachen, die Ausgaben für die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, kurzum der gesamte Dienstbetrieb haben durch die teuren Zeiten eine Erhöhung um mehr als 100 Prozent bedingt. Der Etat ist somit spärlich ausgefüllt, für kulturelle Aufgaben (Ausstellung des Reichstages, Ausstattung der Bibliothek) wird nichts gefordert.

Nach dem neuen Etatsantrag wird der Reichstag dem Reiche jetzt die Summe von 70 Millionen Mark im Jahre oder 170 000 Mark täglich kosten. Diese ungeheure Summe setzt sich wie folgt zusammen: Rund 11 Millionen Mark für 103 Beamte, 14 Hilfsbeamte und 231 Angestellte, über 28 Millionen an Aufwandsentschädigungen für 489 Abgeordnete, die monatlich je 5000 Mark Diäten erhalten, 15 011 736 Mark für Entschädigungen der deutschen Eisenbahnen infolge des Preisanstiegs (angenommen wird, daß jeder Abgeordnete jährlich 24 000 Mark monatlich zurücklegt, die dem Reiche 31 944 Mark kosten), 642 500 Mark als Ausgaben für die Untersuchungsausschüsse zur Feststellung der Kriegsverbrechen, 9 Millionen Mark zur Feststellung der Reichstagsdrucksachen, die pro Seite 500-800 Mark kosten, 3 500 000 Mark für Verleumdungen von Dienstverpflichteten, 600 000 Mark für Post, Telegraph und Fernsprechnutzung, 650 000 Mark als Zuschuß für Reichstagsrestaurant, 1 1/2 Millionen Mark für sachliche und berrückte Ausgaben aller Art, Beleuchtung und Heizung erfordern allein drei Millionen Mark. Auch die Aufwandsentschädigung für den Reichstagspräsidenten ist infolge der Geldentwertung auf 60 000 Mark erhöht worden.

Stundung der Einkommensteuer.

Berlin, 22. April. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsanwalt auf seine dringende Eingabe, den Steuerpflichtigen bei Stundungsgesuchen weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, sofort mitgeteilt, daß die Finanzämter angewiesen seien, Stundungsgesuche mit Sorgfalt zu prüfen und den Verhältnissen des Einzelnen Rechnung zu tragen. In dem Antwortschreiben heißt es weiter: Bei der Entscheidung über die Stundungsgesuche haben die Finanzämter einerseits zu berücksichtigen, daß die Steuerpflichtigen im allgemeinen fast zwei Jahre lang nur verhältnismäßig geringe Steuern bezahlt haben, und daß die Steuer von einem in besserem Geldeverhältnisse Einkommen mit einem künftigen weiteren erhöhten Einkommen bezahlt wird. Auch wird im Einzelfall zu prüfen sein, ob der Steuerpflichtige in der Lage war,

den gesamten Steuerbetrag, soweit er die bisher entrichtete vorläufige Steuer übersteigt, und außerdem der größte Teil der vorläufigen Einkommensteuer für 1921 innerhalb kurzer Frist entrichtet werden muß und die sofortige Einziehung dieser Beträge mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden sein kann. Eine solche Härte wird in der Regel nur dann anzunehmen sein, wenn Steuerbeträge in einer Höhe festgesetzt sind, mit der die Steuerpflichtigen nicht gerechnet haben, also namentlich dann, wenn bei der Veranlagung über das in der Steuererklärung angegebene Einkommen hinausgegangen ist. Die Finanzämter sind ermächtigt, sofern Härten vorliegen, unter Beachtung der vorstehenden Gesichtspunkte Stundung zu gewähren oder Entziehung in angemessenen Teilzahlungen zu gestatten.

Diese Antwort wird, wie der Reichsanwalt bemerkt, die Steuerbetriebe kaum befriedigen. Er wird daher versuchen, ein weiteres und bestimmtes Entgegenkommen zu erreichen.

Die Kartoffelversorgung, keine Umlage?

Berlin, 22. April. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter dem Vorsitz des Reichsministers eine Besprechung statt mit den Vertretern der Länder über die Regelung der Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahre 1922. Die Besprechung stimmte darin überein, daß rechtzeitig die Versorgung getroffen werden muß, um den in diesem Wirtschaftsjahre hervortretenden Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung im neuen Wirtschaftsjahre zu begegnen. Zu Anknüpfung an frühere Beratungen wurde die Frage erörtert, ob eine Kartoffelumlage ausgeschrieben werden kann. Gegen einen von verschiedenen Seiten unterbreiteten Vorschlag, wenigstens einen Teil des Bedarfs durch eine Umlage sicher zu stellen, wurde von anderen Teilnehmern ernste Bedenken erhoben. Auch wurde von Vertretern der für die Kartoffelversorgung in erster Linie in Betracht kommenden Länder unter Hinweis auf die ablehnende Haltung sowohl der überörtlichen kommunalen Verbände als auch der landwirtschaftlichen Verbände die technische Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme bezweifelt. Nach eingehender Aussprache wurde in Aussicht genommen, den Wunsch von Versorgungsverbänden mit großen Verbrauchsgruppen zu fördern und auf eine vermehrte Baugangstellung sowie die beschleunigte Abbehebung der Kartoffeln hinzuwirken, um auf diese Weise eine Besserung in der Versorgung der Bevölkerung herbeizuführen. Auch sollen die Vorschriften über die Konfessionierung des Kartoffelhandels einer Nachprüfung unterzogen werden, um das in diesem Jahre beginnende Treiben toller Käufer zu bekämpfen. Der Ernährungsminister erklärte, daß hiernach von der Vorgabe eines Gebietspreises über das Aufschreiben einer Umlage zur Zeit abzusehen sei und daß die Verhandlungen mit den Beteiligten über den freiwilligen Abschluß von Lieferungsverträgen mit größter Eile zu führen seien.

Der Offenburger Prozeß gegen Thießen.

Offenburg, 22. April. Der Schwurgerichtsprozeß gegen Thießen, der der Beteiligung an der Ermordung Erbprinzen besichtigt ist, wird am 15. Mai seinen Anfang nehmen. Thießen wird von einem Rechtsanwalt Dr. Krieg und einem Rechtsanwalt aus München verteidigt. Die Verhandlungen dürften sich auf etwa 10 Tage erstrecken. Das erste Abschnitz der Verhandlungen dürfte wohl der Frage gewidmet sein, ob Schuld und Thießen, die bekanntlich flüchtig sind, tatsächlich die Mörder Erbprinzen sind.

Der deutsche Gewerkschaftskongreß in Leipzig.

Leipzig, 22. April. Der Kongreß der deutschen Gewerkschaften wird hier im Juni stattfinden. Eine Reihe von Anträgen wird gestellt werden, die unter anderem eine Herabsetzung der Beiträge der Betriebsräte vorgesehen. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird verlangt, daß er die freiberechtigten Tätigkeit der technischen Beiräte beurteilt.

Der 1. Mai in Berlin.

Berlin, 21. April. In diesem Jahre soll der 1. Mai bei den deutschen Berlin durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Die Straßenbahnen werden den Betrieb aufrecht erhalten.

Aus dem Auslande.

Der Königsproklamation in Ungarn.

Budapest, 22. April. Wie aus Budapest telegraphisch verlautet, ist zwischen dem Reichsverweser Horthy und dem Führer der Legation, Graf Andrássy, ein Kompromiß auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Regierung Horthy ist verpflichtet, die diplomatische Situation für die Anerkennung des Kronprinzen Otto, des ältesten Sohnes des verstorbenen Kaisers Karl, als König von Ungarn vorzubereiten. Otto soll zum König ausgerufen und bis zu seiner Krönung in 8 Jahren möglichen Thronbestätigung durch den Reichsverweser beibehalten werden. Im Zusammenhang damit ist der gegen den Grafen Andrássy wegen dessen Mitwirkung bei dem letzten Versuch Karls angestrebte Hochverratsprozeß niedergeschlagen worden.

Abberufung des amerikanischen Vizekonsuls in London.

Newport, 22. April. Newporter Blätter melden aus angeblich auf unterrichteten Kreisen aus Washington, daß der Rücktritt des amerikanischen Vizekonsuls in London, Harbey, in absehbarer Zeit bevorsteht. Harbey soll durch seine verschiedenen Reden sich bei den Regierungskreisen der republikanischen Partei mißliebig gemacht haben. Als Nachfolger wird der bekannte Senator Lodge genannt.

Polnische Werbung für das Winagebiet.

Warschau, 22. April. Anlässlich der offiziellen Beziehungen des Winagebietes, die in Winagebiet Galizien begangen wird, ruft Gazeta Warzawska die polnischen Lehrer auf, zahlreich in die Ostmark zu strömen und hebt hervor, daß die polnische Regierung ein Staatsbeamten, die in das Winagebiet und die Ostmark überführen, eine 30prozentige Ostmarkzulage zu ihrem normalen Gehalt gewähren wird.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Die deutsch-österreichische Alpine Montanengesellschaft, die bekanntlich in engen Beziehungen zum Eisenwerk steht, hat kürzlich ihren Jahresbericht veröffentlicht. Er ergibt eine Verdoppelung der Reingewinne gegenüber dem Vorjahr. Der Bericht stellt außerdem fest, daß die Verbindung mit Österreich sich aus dem Jahr

desen erheblich gesteigert werden, erreichte aber noch bei weitem nicht die Ausdehnung der Vorkriegszeit. Die schwache deutsch-österreichische Industrie ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in der Lage, in erheblichem Umfang zu exportieren. Uns Deutschen zeigt gerade das Beispiel deutsch-österreichischer, daß die Währungsinstabilität eines Landes durchaus nicht genügt, um dieses Land exportfähig zu machen. Waghend ist vielmehr heute das Verhältnis der Währung zu der inneren Kaufkraft des Geldes. Auch in Deutschland sind wir auf dem besten Wege zu österreichischen Zuständen. Denn in den letzten Monaten hat sich die innere Kaufkraft der Mark zweifelslos erheblich stärker verschlechtert, als ihre internationale Kurs. Es mag sein, daß der letztere wesentlich beeinflusst ist durch die allgemeine Unsicherheit infolge der Konferenz von Genua. Diese hat bisher nur politische Spannungen aber noch keine wirtschaftlichen oder finanziellen Resultate herbeigeführt. Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Ausland, das ja in schärfstem Gegensatz zu den englisch-französischen Beziehungen der Konferenz erachtet wurde, dürfte in nächster Zeit wesentliche wirtschaftspolitische Folgen nicht haben. Es ist klar, daß Deutschland bei seiner heutigen Kapitalstärke ganz außerstande ist, allein viel zur Wiederaufbau der zerstörten russischen Wirtschaft beizutragen.

Die deutschen Völker verhalten sich daher nach wie vor überaus zurückhaltend. Auch die Besserung des Marktkurses an der New Yorker Börse hat keinen allzu starken Einfluß ausgeübt. Unter dem Druck des politischen Konflikts in Genua wegen dieses Abkommens ist dann auch drüben die Mark bald wieder niedriger bewertet worden. An den deutschen Eisenwerken wirkt neben Genua noch immer die Kapitalknappheit lähmend auf die Produktionsleistung ein. Nur in Textilwerken hat sich eine kleine Teilhabe entwickelt, die sich auf dem beschafften Geschäftsgut der Textilindustrien aufbaut. Diese haben sich rechtzeitig mit erheblichen Rohstoffvorräten eindecken können und sind auf Monate hinaus mit Aufträgen zu hohen Preisen überhäuft. Die Einfuhr von Leinwand haben auch die Ausfuhrleistungen der heimischen Staatsbahnen herangezogen. Es scheint, daß manche Auslandsreise auf eine Besserung der deutschen Finanzlage infolge der Gewährung eines Reparationskredits spekulieren. Ueber diese langversetzte Goldanleihe ist aber bisher nichts weiter bekannt als daß die Reparationskommission einen Studienauschuss zur Untersuchung ihrer Voraussetzungen und Unterlagen berufen hat, in die auch der amerikanische Finanzmann Herbert Morgan gewählt worden ist. Zwei des ganzen Vorgehens scheint aber in erster Linie zu sein, die Frage der Reparationsanleihe der Zustimmung der Konferenz von Genua billig zu entziehen. Diese soll dann über das Problem der Stabilisierung der Währungen rein theoretisch verhandeln. Bis jetzt ist man in Genua über die Frage der russischen Schulden an die Alliierten nicht hinausgekommen. Die Konferenz wirkt schon durch ihre Existenz lähmend auf die Spekulation in der ganzen Welt. Aber positive Anregungen sind von ihr noch nicht ausgegangen, da sie bisher ganz damit beschäftigt war, ihr eigenes Auseinanderfallen zu verhindern. Immerhin muß es nachdenklich stimmen, daß schon die Nachricht von der Einsetzung einer Währungskommission genügt hat, die deutschen Aktienkurse zu erschüttern.

Die Erlösung?

Vor einem Preissturz in Deutschland?

Aus Berlin meldet man uns aus parlamentarischen Kreisen: Von führenden Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei erfahren wir, daß man in dieser Partei mit einem Preissturz in Deutschland rechnet, der bereits in nächster Zeit eintreten wird. Das wird damit begründet, daß man zunächst weitgehende Hoffnungen auf das Ergebnis der deutsch-russischen Verständigung setzt, weiterhin aber auch mit Bestimmtheit auf die Gewährung eines langfristigen Moratoriums und auf eine Goldanleihe rechnet.

Diese Auffassung wird auch in den Kreisen der unabhängigen vertreten. Ebenso ist man in der Regierung wie wir zuverlässig hören, der Auffassung, daß der Preissturz in Deutschland nur noch eine Frage von Wochen sei. Man weiß bereits auf die Sicherstellungen für die sowohl von Industrie wie Handel vorgenommen werden.

Aus Paris liegen im Abigen Nachrichten vor, daß französischerseits alles getan wird, um die Anleihe zu flände zu bringen. Der deutsche Vertreter, Staatssekretär Bergmann, hatte in den letzten Tagen dieserhalb wiederholt Besprechungen mit Vertretern der Reparationskommission.

Uebergang deutschen Grundeigentums in ausländische Hände.

Eine Erscheinung, die nicht nur tief bedauerlich, sondern von bedenklichen Folgen begleitet ist, und die bisher viel zu wenig beachtet wurde, ist der Uebergang von Grundstücken, namentlich von bebauten, in ausländische Hände. In den letzten 3 Jahren sind im Regierungsbezirk Düsseldorf 985 Grundstücke mit 525 Hektar an Ausländer der verschiedensten Nationalitäten verkauft worden, davon allein 703 an Holländer. Da eine Verpflichtung zur Angabe der Staatsangehörigkeit bei Verkäufen an Ausländer weder für den Erwerber noch für den Verkäufer besteht, können die genannten Zahlen keineswegs als erschöpfend angesehen werden. Auch der Verkaufspreis konnte aus diesen Gründen nur für 344 Grundstücke ermittelt werden. Er betrug für diese aber schon 27 926 630 Mark. Man geht daher nicht fehl in der Annahme, daß für weit über 100 Millionen Mark deutscher Grundstücke im Regierungsbezirk Düsseldorf in den Besitz von ausländischen Eigentümern übergegangen sind. Bei den bekanntgewordenen Verkäufen handelt es sich nur in 73 Fällen um unbebaute Grundstücke, dagegen in 912 um bebauten. Nur 10 hatten eine Größe von über 15 Hektar, 966 waren unter 5 Hektar groß. Es sind also in der Hauptsache kleine Grundstücke gewesen, die an Ausländer verkauft wurden. Die Landwirtschaft ist nur in sehr mäßigen Grenzen daran beteiligt. Auch in der Stadt Köln sind nach Angaben des „Statistischen Amtes“ vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1921 426 bebauten Grundstücke in fremden, ebenfalls hauptsächlich holländischen Besitz übergegangen. Da diese Zahlen, die unter dem Einfluß der Markentwertung zustande gekommen sind, und die eine fortschreitende Ueberfremdung des rheinischen Grundbesitzes darstellen, zu harter Besorgnis Anlaß geben, braucht nicht erst gesagt zu werden, vor allem im Hinblick auf die Befragung und auf die Befragungen gewisser Preise im Rheinland und auf die Befragungen der französischen Provinzen und Wallonien.

Sc

Noch kaufen

Herre

D

Dirnd

LAU

Bahnhof

Wittma

hann geholt wer

Sprechstunden in Dorin

Burgwall 10/12 (2

Wettalshof), jeden D

tag von 9-1 Uhr.

Dr. med. Alberts

Spezialarzt Berlin SW

LEMMENS

BOCHUM

Das Haus der guten Qualitäten

Extra-Angebot!

hnessel ca. 80 cm breit, gute reine Ware Meter	31 ⁰⁰	Grubengebild 56 cm breit, blau-weiß kariert, solide Ware Meter	26 ⁵⁰	Mousseline imitiert, ca. 80 cm breit, solide Qualität, schöne Muster Meter	28 ⁵⁰
hnessel ca. 160 cm breit, prima Fabrikat Meter	69 ⁰⁰	Grubengebild 75 cm breit, blau-weiß kariert, prima Qualität Meter	36 ⁵⁰	Mousseline imitiert, ca. 80 cm breit, gute Qualität, hübsche Dessins Meter	38 ⁰⁰
mdentuch 80 cm breit, solide, starkfädige Qualität Meter	35 ⁰⁰	Handtuchgebild ca. 48 cm breit, Gerstenkorn mit rotem Rand, solide HalbleinenQual., Meter	34 ⁰⁰	Crepe ca. 70 cm breit, Dirndl, kariert, besonders für Kleider geeignet Meter	42 ⁵⁰
mdentuch 80 cm breit, vorzügliche Aus- sauerqualität Meter	39 ⁰⁰	Wischtuchgebild ca. 56 cm breit, rot kar., Panama-Gewebe Meter	21 ⁰⁰	Mousseline imitiert, 80 cm breit, vorzügliche Qualität, beste Muster Meter	55 ⁰⁰
uisiana 80 cm breit, unsere gut eingeführte Marke Meter	56 ⁰⁰	Wischtuchgebild ca. 56 cm breit, rot-kar., Gerstenkorn, gute Qualität Meter	23 ⁰⁰	Woll-Mousseline ca. 80 cm breit, sol. Qual., hell u. dunkel gemustert Meter	85 ⁰⁰
ion 80 cm breit, prima Qualität Meter	56 ⁰⁰	Wischtuchgebild ca. 60 cm breit, rot kar., gute Halbleinen-Qualität Meter	45 ⁰⁰	Woll-Mousseline ca. 80 cm breit, la. Qual., geschmackvolle Muster Meter	155 ⁰⁰
acco-Batist 80 cm breit, bestes Fabrikat, r elegante Leibwäsche Meter	72 ⁰⁰	Wischtücher 60/50 cm, blau kariert, unge- säumt Stück	12 ⁸⁰	Halb-Voile 110 cm breit, dunkel gemustert, ... Meter	62 ⁰⁰
mdentuch 160 cm breit, schwere stückdeutsche Ware Meter	110 ⁰⁰	Wischtücher 58/58 cm, rot kariert, Panama- Gewebe, gute Ware, gesäumt u. gebändert Stück	18 ⁵⁰	Voll-Voile 100/110 cm breit, in allen Mode- farben Meter	110 ⁰⁰
ion r gute Leibwäsche Meter	88 ⁰⁰ 120 ⁰⁰	Wischtücher 50/78 cm, solide Halbleinen-Qual., gesäumt und gebändert Stück	36 ⁵⁰	Voll-Voile 110 cm breit, beste Qualität, aparte Muster Meter	145 ⁰⁰
tt-Damast restreift, solide Qualität Meter	120 ⁰⁰ 150 ⁰⁰	Kissenbezug solide Qualität mit ausgehöhten Bogen Stück	56 ⁰⁰	Voll-Voile weiß, ca. 115 cm breit, beste Schwei- ser Ware Meter	145 ⁰⁰
acco-Bettdamast n eleganter Ausführung, Künstler- muster Meter	142 ⁰⁰ 168 ⁰⁰	Kissenbezug aus gutem Hemdentuch m. Leinen- durchsatz Stück	68 ⁰⁰	Frotté 100 cm breit, gute Qualität, uni und ge- streift Meter	110 ⁰⁰
tt-Damast 160 cm breit, bordo, gebümt solide Qualität Meter	140 ⁰⁰	Kissenbezug aus prima Hemdentuch, festoniert, ... Stück	70 ⁰⁰	Frotté 100/120 cm breit, la. Ware, aparte Dessins, ... Meter	125 ⁰⁰
tt-Damast 160 cm breit, bordo, kochecht, gebümt, la. Qualität Meter	178 ⁰⁰	Kissenbezug aus starkfädigem Hemdentuch mit Festondurchsatz Stück	86 ⁰⁰	Frotté 120 cm breit, bestes Fabrikat, elegante Muster Meter	175 ⁰⁰
austuch 160 cm breit, solide Ware Meter	75 ⁰⁰	Paradekissen gute Ware mit 2 Durchsätzen und Stückeriansatz Stück	220 ⁰⁰	Tennisflanell solide Ware, für Blusen u. Hemden Meter	24 ⁵⁰
ettuch-Halbleinen 150 cm breit, bestes Fabrikat Meter	163 ⁰⁰	Paradekissen aus vorzügl. Hemdentuch, an 4 Seiten m. Festondurchsatz u. Stückeriansatz, Stück	245 ⁰⁰	Sportflanell ca. 80 cm breit, la. Qualität, ge- streift, für Sportblusen und Sportheimen Meter	38 ⁵⁰
iber gebleicht, ca. 80 cm breit, gute Qualität Meter	58 ⁰⁰	Garnitur Plumeaux, Kissen und Laken, zusammenpassend, reichhaltig in bester Ausführung am Lager.			

Bekanntmachung.

Schulaufnahme der Fernanfänger.

Am Dienstag, den 25. April beginnt das neue Schuljahr. An diesem Tage erfolgt die Aufnahme der schulpflichtig werdenden Kinder in die Volksschulen der Stadt.

Der Schule zuzuführen sind alle diejenigen Kinder, welche bis zum 30. September 1922 das sechste Lebensjahr vollendet haben.

Der Vorsitzende der Stadtschuldeputation: W. n. n., Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Schöpfpreise für Brot und Mehl.

Auf Grund des § 34 Absatz 2 a des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. Bl. S. 737 ff) wird unter Aufhebung der Anordnungen des Kreisaußschusses vom 10. März und 15. Februar d. J. und in Abänderung der Anordnung des Kreisaußschusses vom 11. August 1921 für den Landkreis Dortmund folgendes bestimmt:

I.
Die Schöpfpreise für die nachstehend aufgeführten rationierten Backwaren sowie für rationiertes Weizenmehl werden wie folgt festgesetzt:

a) Graubrot:
mit einem Verkaufsgehalt von 6 Pfund 21,60 M.
mit einem Verkaufsgehalt von 3 Pfund 10,90 M.
im Aufschnitt:

für 500 Gramm 4 Pfund 3,70 M.
für 250 Gramm (1/2 Pfund) 1,85 M.

b) Schwarzbrot.
mit einem Verkaufsgehalt von 6 Pfund 20,40 M.

mit einem Verkaufsgehalt von 3 Pfund 10,20 M.
im Aufschnitt:

für 500 Gramm (1 Pfund) 3,50 M.
für 250 Gramm (1/2 Pfund) 1,75 M.

c) Raffeler Brot:

mit einem Verkaufsgehalt von 6 Pfund 21,80 M.
mit einem Verkaufsgehalt von 3 Pfund 11,— M.

d) Zwieback:

für 1 Pfund (500 Gramm) 8,20 M.
für 200 Gramm 3,30 M.

e) Weizenmehl:

für 1 Pfund 4,60 M.

II.

Am Abg. bleiben die Bestimmungen der Verord-

nung vom 11. August 1921 unberührt.

III.

Diese Verordnung tritt am 22. d. Mts. in Kraft.

Dortmund, den 18. April 1922.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Dortmund.

Verständlich!

Castrop-Rauxel, den 22. April 1922.

Der Magistrat. Der Amtmann.

± Krätze ±

entsetzt. Betthautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne jede Berufsstörung. Millionenfach bewährt. Geben Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht haben! Offene Fäße, alte unheilbare Wunden behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-sagungen beweisen.

Frau Renkewitz, Homöopathie,
Hene, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

Kinderwagen, Promenaden-

wagen, Sportwagen

allergrößte Auswahl zu staunend
billigen Preisen

Etagen-Geschäft 2510

Alfred Scheidemann,

Bochum,

Kollerstr. 57, II. Etage neben Handelshof.

Braves, ordentliches, älteres 2516

Mädchen

welches perfekt baden, kochen und eine Haus-
frau voll und ganz vertreten kann, zum 1.
Mal gesucht. Gute Behandlung zugesichert.
Lohn 400—450 Mark. Wo, sagt die Gescht.
der Castrop Zeitung.

Aufgesprungene Hände werden über Nacht weiß
und zart nach Gebrauch
von Creme-Feltzer, stark glycerinhaltig. —
„Friedensware“. Wirkung überraschend. Zu haben
Drogerie Hennowig u. Appelhans. 17623

Restauration H. Hettermann

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Erstkl. Künstlerkonzert

Angenehmer, gemütlicher Aufenthalt. 2404

Es ladet freundlichst ein H. Hettermann

Leinöl la. dopp. gek.

keine
Misch-
ware.

Bernsteinfußbodenlackfarbe
über Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche
Lacke. Farben, Pflaster, Schablonen.
Bohrerwachs u. s. w. 1163

Streichfertige Oelfarben

und Lackfarben aller Art liefert zu konkurrenzlosen Preisen in guter Qualität direkt aus dem
Lagerverkaufsaum! Kein Laden!

H. Hauelsen,

Lack- u. Farben-Industrie Dortmund
Fennel 3336, Brunnenstraße 16 im Hof. Gegr. 1902
Zu erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße

Weitere Ein-
Nati-
Genua, 24. Apr
Eitung der neu